

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 38/2023

Inhalt

- ❖ Aus der Region
Seite 2-4
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 4-7
- ❖ Flucht und Asyl
Seite 8-10
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 10-11
- ❖ Desintegration
Seite 12
- ❖ Migration weltweit
Seite 13-14
- ❖ Kultur
Seite 14
- ❖ Impressum
Seite 15

Liebe Leserinnen und Leser,

heute wird viel über Vielfalt und "Diversität" gesprochen. Vielfalt ist ein beflügeltes Wort in allen Lebensbereichen geworden. Aber oft verstehen wir das dahinterstehende Konzept nicht ausreichend. Tatsache ist, dass unsere Gesellschaften immer vielfältiger werden, und das spiegelt sich auch in vielen Institutionen wider. Unternehmen nutzen "diverse" Models, um neue Zielgruppen anzusprechen, meistens basierend auf Unterschieden in Hautfarbe und äußerlichen Merkmalen. Die Medien präsentieren "diverse" Moderatorinnen und Journalisten, um modern zu wirken. Politische Parteien stellen gezielt diverse Personen in ihre Gremien.

Jedoch ändert das nichts an den gesellschaftlichen Strukturen, die bestimmte Gruppen ausschließen. "Diversität" wird oft auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion und sexuelle Orientierung reduziert, während klassische Kategorien wie soziale Herkunft, Bildung und Einkommen vernachlässigt werden. Wenn wir "Diversität" ernsthaft fördern wollen, müssen wir sie auf allen Ebenen umsetzen, um immer noch benachteiligte Gruppen wie Frauen, Migranten und Migrantinnen, queere Menschen, Arbeiterinnen und Arbeiter und Bedürftige gleichzustellen. Dazu sind gezielte Maßnahmen und möglicherweise Quoten erforderlich. Oberflächliche Interpretationen von "Diversität", die sich nur auf Äußerlichkeiten konzentrieren, haben lediglich Symbolcharakter.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



1

Online-Umfrage im LDK ist bis zum 12.07.2023 aktiv

Vielfaltszentrum startet Umfrage unter Menschen mit Migrationshintergrund

Ungefähr ein Viertel der Menschen, die im Lahn-Dill-Kreis leben, haben einen Migrationshintergrund. Diese können seit dem 12. Juni 2023 von ihren Erfahrungen beim Thema Integration berichten. Das Vielfaltszentrum WIR des Lahn-Dill-Kreises hat eine Online-Umfrage erstellt, in der die Menschen ihre Eindrücke schildern können. Das Ergebnis der Umfrage wird das Vielfaltszentrum nutzen, um die Integrationsarbeit weiter auszubauen. Die Umfrage ist anonym. Es werden keine personenbezogenen Daten ermittelt. Die Fragen können in vier verschiedenen Sprachen beantwortet werden: deutsch, englisch, türkisch und russisch. Ein Wechsel der Sprache ist jederzeit während der Umfrage möglich.

Unter www.lahn-dill-kreis.de/wirumfrage sind alle wichtigen Informationen noch einmal zusammengefasst. Dort sind auch die Links zu den Umfragen in den vier angebotenen Sprachen zu finden.



Jetzt noch schnell Veranstaltungen melden!

Interkulturelle Woche im Lahn-Dill-Kreis

Vom 20.09. bis zum 03.10.2023 findet im LDK zum fünften Mal in Folge die Interkulturelle Woche 2023 statt. Das diesjährige Motto lautet: „Neue Räume!“ Das Vielfaltszentrum des LDK ruft zu einer Beteiligung an der IKW auf. Sie haben eine Idee? Sie wollen dabei sein? Wenden Sie sich bitte gerne an das Vielfaltszentrum. Veranstaltungen sollten bis zum 30.06. gemeldet werden. Kontakt und weitere Infos: wir@lahn-dill-kreis.de.

2

LDK-Projekt Arbeit und Asyl

Geflüchteten Menschen eine Chance bieten

„Aktuell ist die Wartezeit für einen Integrationskurs sehr lang, sodass wir nun ein Pilotprojekt starten und die Menschen erst in Arbeit bringen möchten und danach die Deutschkenntnisse erweitern“, erklärt Anne Peter-Lauff, Abteilungsleiterin für Soziales und Integration beim Lahn-Dill-Kreis bei der Auftaktveranstaltung des Projektes „Arbeit und Asyl“, das ihre Abteilung initiiert hat. In enger Zusammenarbeit mit der GWAB und der Agentur für Arbeit Limburg-Wetzlar ist ein Konzept entstanden, das die geflüchteten Menschen für den Arbeitsmarkt im LDK vorbereitet. Nach einer Sprachkurseinheit folgen vier Wochen Praktikum in einem der GWAB-eigenen Betriebe, wo die Talente der Projekt-Teilnehmer gefördert werden. „Danach vermitteln wir die Menschen an die regionalen Unternehmen für ein Praktikum. Bewerber und Firmen können dann testen, ob sie zueinander passen. Ziel ist es, die Geflüchteten in ein reguläres Arbeitsverhältnis oder eine Aus- oder Weiterbildung zu überführen. Seit dem 3. April 2023 läuft das Pilotprojekt. Aktuell nehmen 17 junge Männer am Projekt teil, die zunächst in der Gemeinschaftsunterkunft Finsterloh in Wetzlar untergebracht waren.“

Tringenstein wird Gemeinschaftsunterkunft

Unterbringung von Flüchtlingen nach den Sommerferien

Der Lahn-Dill-Kreis hat entschieden, nach Heisterberg auch die Freizeiteinrichtung Tringenstein für die Unterbringung Geflüchteter nach den hessischen Sommerschulferien herzurichten. Damit ist auch die zweite kreiseigene Unterkunft für Jugend- und Schulfreizeiten belegt. „Wir machen das schweren Herzens, sehen aber auch die Notwendigkeit, die Kommunen bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen weiterhin zu entlasten“, sagte Kreis-Sozialdezernent Stephan Aurand. Damit sind in diesem Jahr ab September keine Jugend- und Schulfreizeiten mehr in der kreiseigenen Unterkunft möglich. Dennoch bietet die Jugendförderung des LDK zahlreiche Veranstaltungen für alle Kinder und Jugendlichen im Lahn-Dill-Kreis an. Das gesamte Programm finden Sie [hier](#). Aktuell sucht der Lahn-Dill-Kreis in Kooperation mit seinen Städten und Gemeinden nach geeigneten Standorten, um größere und dauerhafte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Notunterkunft Finsterloh ist Geschichte

Nach 5 Monaten positive Bilanz für die Begegnungsinsel

Fünf Monate lang hatte der LDK rund 250 Asylbewerber am südlichen Stadtrand Wetzlars in einer provisorischen Notunterkunft untergebracht. Das dafür umgebaute Herborner Oktoberfestzelt war ursprünglich für 472 Personen ausgerichtet, musste aber nie vollständig belegt werden. Mit dem Ende der „Flüchtlingsunterkunft auf Zeit“ hat auch die „Begegnungsinsel“ ihre Arbeit eingestellt. Aus Sicht der Verantwortlichen fällt die Bilanz positiv aus: die Einrichtung, getragen von verschiedenen Institutionen und Organisationen unter dem Dach der Diakonie hat dazu beigetragen, dass die Unterbringung der jungen Männer nicht zum Problemfall wurde – vielmehr sei das soziale Miteinander gestärkt worden.

Niedrigschwellige Deutschkursangebote

Hessen erhöht die Landesmittel für Deutsch4U

Hessen stellt für sein [Sprachförderprogramm „Deutsch4U“](#) eine weitere Million Euro bereit, um den Wegfall der vom Bund geförderten Erstorientierungskurse zu dämpfen. Um nach der Bundes-Kürzung bei den Erstorientierungskursen (EOK) einen Zusammenbruch der Strukturen zu vermeiden, springt das Land nun mit einer weiteren Million ein und bietet den Trägern der EOK an, wegfallende Kurse durch landesgeförderte Deutsch4U-Kurse zu ersetzen. Durch die zusätzlichen Mittel können schätzungsweise weitere 1.000 Personen einen solchen Sprachkurs besuchen.

Fachtagung „Gemeinsam gestalten“ am 07.Juli

Engagement in einer Gesellschaft der Vielfalt

Zivilgesellschaftliches Engagement kann nur aus einer diversitätssensiblen und rassismuskritischen Perspektive, Haltung und Kompetenz erfolgreich gestaltet werden. Auf der Fachtagung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sowie des Kompetenzzentrums Vielfalt Hessen werden die Teilnehmenden sich mit folgenden Fragestellungen beschäftigen: Wie können wir gemeinsam und solidarisch das zivilgesellschaftliche Engagement gestalten? Wie können wir dazu beitragen, strukturellen Ungleichheiten entgegenzuwirken? Welche (neuen) Perspektiven, Strategien, Ansätze und Praktiken braucht es dazu? Eingeladen sind Akteure aus dem Engagementbereich und aus Politik und Verwaltung, Vertreter migrantischer Organisationen und ihre Verbände, Wohlfahrtsverbände und Interessierte. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

WIR fördern Gesundheit

Gesundheitskompetenzen stärken!

Unter dem Motto „WIR fördern Gesundheit“ ist das gemeinsame Gesundheitsprojekt zwischen dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem „GKV-Bündnis für Gesundheit“ am 1. Juni 2021 offiziell gestartet und läuft bis 31. Januar 2025. Ziel des Projekts ist es, die Gesundheitskompetenzen von Menschen mit Migrationsgeschichte zu stärken. Das Projekt will Zugangsbarrieren ausfindig machen und hessenweite Maßnahmen konzipieren, um diese abzubauen. Wichtiger Bestandteil des Projekts ist die Qualifizierung von so genannten Gesundheitslotsinnen und –lotsen. Mehr Informationen erhalten Sie [hier](#).

Fotoausstellung Ukraine in Wetzlar

„Geschichte und Zukunft der Ukraine bewahren!“

Die Stadt [Tschernihiw](#) befindet sich im nördlichen Teil der Ukraine und gehört zu den ältesten Städten Europas. Gleichzeitig ist Tschernihiw eine der am stärksten betroffenen Städte in diesem Krieg. Eine Fotoausstellung des Kulturschaffenden Juriy Lisowsky und fünf ukrainischen Fotografen aus Tschernihiw ist nun in der [Stadtbibliothek Wetzlar](#) zu sehen. Das Motto der Ausstellung lautet "Der Krieg muss sofort beendet werden".

Neuer Oberbürgermeister

Mehr Vielfalt im Frankfurter Rathaus

[Mike Josef](#) heißt der neue Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Am 11. Mai 2023 wurde er für sein neues Amt vereidigt. Mike Josef wurde 1983 in Kameshly, Syrien, geboren. Als Teil der christlichen Minderheit verließ seine Familie 1987 das Land. Nach der Mittleren Reife in Ulm-Wiblingen und der Fachhochschulreife in Neu-Ulm leistete er seinen Zivildienst beim Deutschen Roten Kreuz in Ulm. 2004 erwarb er an der Frankfurter Fachhochschule das Vordiplom in Sozialer Arbeit. An der Goethe-Universität Frankfurt absolvierte er das Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft und erwarb 2010 den Abschluss als Diplom-Politologe. Von 2011 bis zu seiner Wahl in den Magistrat war Mike Josef Stadtverordneter im Frankfurter Römer und arbeitete als Organisationssekretär beim DGB in Südosthessen.

Teilhabe in der Politik

Nur vier deutsche Oberbürgermeister haben Migrationshintergrund

Seit dem Amtsantritt des Frankfurter Oberbürgermeisters Mike Josef gibt es in Deutschland vier Oberbürgermeister mit Migrationshintergrund – und 332 ohne. Das zeigt eine neue [MEDIENDIENST-Recherche](#). Das entspricht einem Anteil von rund 1,2 Prozent. Zum Vergleich: In der Bevölkerung haben rund 29 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund.

Was bleibt von 2015?

Engagement in der Migrationsgesellschaft

2015 erlebte das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete eine Hochphase. Wie hat sich dieses Engagement seither vor dem Hintergrund von Corona-Pandemie und Krieg in der Ukraine entwickelt? Im Rahmen des [Forschungsprojekts](#) "Die aktivierte Zivilgesellschaft. Eine Analyse der nachhaltigen Wirkung von bürgerschaftlichem Engagement auf Sozialkapital und Gemeinwohl in Deutschland" wurde untersucht, was von dem starken Engagement 2015/16 geblieben ist. Im Fokus standen dabei die Erfahrungen von Engagierten, die zivilgesellschaftlichen Netzwerke sowie der Austausch zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung.

(K)ein Kopftuchbuch

Neuer Sammelband zum alten „Kopftuchstreit“

Vor 20 Jahren entschied das Bundesverfassungsgericht zum ersten Mal über den sogenannten Kopftuchstreit: Die muslimische Lehrerin Fereshta Ludin war vor Gericht gezogen, weil sie im Unterricht nicht auf das Tragen ihres Kopftuchs verzichten wollte. Der frei zugängliche Sammelband „[\(K\)ein Kopftuchbuch](#)“ thematisiert, wie sich manche Debatten in den letzten Jahrzehnten wiederholen und warum sie mit solcher Vehemenz geführt werden.

Wahlen in der Türkei

Erklärungen zum Wahlverhalten der Deutschtürkinnen und -türken

Der regierende Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat die Wahlen in der Türkei gewonnen. Welche Rolle deutsch-türkische Wählerinnen und Wähler dabei gespielt haben und was das Wahlergebnis für die Communitys bedeutet, erklärt die Soziologin Sinem Adar im Interview mit dem [MEDIENDIENST](#).

Ich werde Kleingärtner / -in!

Hecke schneiden auf Farsi

Das Land Brandenburg hat eine Fibel veröffentlicht, die sich an geflüchtete und zugewanderte Menschen richtet. Die Kleingartenfibel soll einen Eindruck vermitteln, was die Mitgliedschaft in einem Kleingartenverein mit sich bringt und wie das Miteinander funktioniert. 5500 Exemplare in sieben Sprachen hatten der Landesverband der Gartenfreunde und das Integrationsministerium drucken lassen. Anfragen gab es bundesweit. Knapp drei Monate nach dem Erscheinen ist die Broschüre für Flüchtlinge, die Kleingärtner werden wollen, bereits weitgehend vergriffen. Die deutschsprachige Version der Fibel gibt [es hier als kostenlosen Download](#).

Kulturelle Anpassung

Warum Integration Zuwanderinnen leichter fällt als ihren Männern

Fatemeh Hippler wurde 1982 im Iran geboren, studierte dort Journalismus und Kulturwissenschaft, ging 2011 nach Deutschland und promovierte an der Uni Augsburg in Politikwissenschaft. Sie arbeitet am Dresdner Hannah-Arndt-Institut. In einem Interview in der [Sächsischen Zeitung](#) erzählt sie über die großen Unterschiede zwischen Zuwandererinnen, über deren Emanzipation in Deutschland und darüber, dass ihre Männer damit oft Probleme haben.

Rollenbild junger deutscher Männer

Aufregung um Umfrage zu Männlichkeit und Gewalt

Eine [Umfrage](#) behauptet, jeder dritte Mann fände es okay, Frauen zu schlagen. Die Erhebung hat Schwächen – an der Methodik der Umfrage gab es [viel Kritik](#). Das Problem wird dadurch allerdings nicht kleiner. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass viele junge Männer ein toxisches Bild von Männlichkeit haben. Schließlich stammen wir aus einer patriarchalen Gesellschaft, die beispielsweise sexuelle Gewalt gegen Ehefrauen bis 1997 rechtlich geschützt hat. Nach Angaben der [polizeilichen Kriminalstatistik](#) gab es 2021 rund 140.000 Fälle von Partnerschaftsgewalt in Deutschland. 80 Prozent der Opfer waren weiblich, knapp 79 Prozent der Täter männlich. Auch dass viele junge Männer feindlich gegenüber Homosexuellen eingestellt sind, überrascht wenig. In einer [Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes](#) gaben 44,3 Prozent der männlichen Befragten an, es eher unangenehm bis sehr unangenehm zu finden, wenn zwei Männer sich in der Öffentlichkeit ihre Zuneigung zeigen. Bei der Umfrage von Plan waren es 48 Prozent. Insgesamt stimmten Männer der Studie der Antidiskriminierungsstelle zufolge doppelt so häufig queerfeindlichen Aussagen zu als Frauen.

LGPTQ-Rechte

Deutschland im Mittelfeld

Am 17. Mai war der weltweite Tag gegen Homophobie. Die [LGBTQ-Lobbygruppe ILGA](#) hat ihr Ranking für Europa veröffentlicht. Seit 2009 veröffentlicht der europäische Zweig der Internationalen Lesben- und Schwulenvereinigung (ILGA) die Regenbogenkarte für Europa, die anhand von 74 Kriterien die rechtliche und gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTQ-Menschen misst. Ein wirklich freundlicher Ort für LGBTQ-Menschen ist Malta. Das Land war zum Beispiel das erste in Europa, dass die Umerziehungstherapie für Homosexuelle verboten hat. Ganz anders ist die Situation in Polen – dort gibt es einen regerechten Hass gegen LGBTQ-Menschen. Im Unterschied zu Malta gehe die Diskriminierung in Polen von der Regierungspartei PiS aus. [Deutschland](#) liegt mit 55 von möglichen 100 Prozentpunkten im Mittelfeld der ILGA-Bewertung.

Trans*Ganz Einfach

Informationen für Angehörige, Freunde und Fachkräfte

Vom Bundesverband Trans* gibt es eine [neue Broschüre](#) mit dem Titel: „Trans* Ganz Einfach. Im Job, in der Familie, auf Klassenfahrten – Praxisnahe Infos für Angehörige, Freundinnen und Fachkräfte“ zum Download. Die Broschüre richtet sich an alle, insbesondere an Menschen die wenig bis gar keine Berührung mit dem Thema haben und Informationen über [Transgeschlechtlichkeit](#) suchen. "Trans* Ganz Einfach" beantwortet niedrigschwellig häufige Fragen u. a. zu Grundlagen, Begriffen, Alltagsthemen, rechtlichen und medizinischen Themen und gibt Tipps für den sensiblen Umgang.

Afghanische Familienmitglieder Landesaufnahmeprogramm in Hessen gestartet

Am 1. Juni 2023 ist die Aufnahmeanordnung für das Hessische Landesaufnahmeprogramm (LAP) in Kraft getreten. Nach der amtlichen Bekanntmachung startet am 15. Juni 2023 das Online-Antragsverfahren. Das Landesprogramm ermöglicht die Aufnahme gefährdeter afghanischer Familienangehöriger durch bereits in Hessen lebende Verwandte. Das Kontingent des Landesaufnahmeprogramms beläuft sich auf insgesamt 1.000 Personen. Begünstigt wird die Aufnahme von Ehepartner*innen, Verwandten ersten und zweiten Grades sowie ihrer Ehepartner*innen und minderjährigen Kinder, die sich in Afghanistan oder in einem der Anrainerstaaten (China, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) aufhalten. Organisiert wird das Antragsverfahren durch das Regierungspräsidium Gießen. Alle Informationen zum Landesaufnahmeprogramm, die Antworten auf häufig gestellte Fragen sowie den Antrag selbst finden Interessierte auf der [Homepage des Regierungspräsidiums](#).

Auswärtiges Amt und Innenministerium Aufenthalt für türkische Erdbebenopfer verlängert

Nach der Katastrophe im türkisch-syrischen Grenzgebiet hatte Deutschland die Visa-Vergabe vereinfacht. So sollten Betroffene zeitweise bei ihren Familien unterkommen können. Nun dürfen sie [drei Monate länger bleiben](#). Dem Auswärtigen Amt zufolge kamen etwa 9500 Türkinnen und Türken bei ihren Angehörigen in Deutschland unter.

Klimawandel und Migration Klimapässe für Flüchtlinge?

Dass das deutsche Asylsystem nicht die richtige Antwort auf die Klimakrise ist, wird schnell klar: ansteigender Meeresspiegel, Dürre, Ernteausfälle, nichts davon kann man in einem deutschen Asylantrag ankreuzen. Deshalb schlägt der Sachverständigenrat vor, [Klima-Flüchtlingen](#) andere Wege nach Europa und nach Deutschland zu eröffnen. Konkret schlagen sie einen Klima-Pass, eine Klima-Card und ein Klima-Arbeitsvisum vor.

Fragen und Antworten Was hat der Flüchtlingsgipfel gebracht?

Bund und Länder haben bei ihrem Flüchtlingsgipfel einen Kompromiss erzielt, der niemanden so richtig glücklich macht. Das zeigen die vielen kritischen Kommentare am Tag danach. Einschätzungen, Fragen und Antworten zum Gipfel finden Sie [hier](#).

Schulterschluss mit Ländern und Kommunen

Bund-Länder Besprechung zur gemeinsamen Flüchtlingspolitik

Bund und Länder einigten sich im Rahmen eines Flüchtlingsgipfels mit Kanzler Scholz auf neue Migrationspartnerschaften, um Fachkräftezugang zu erleichtern, aber auch im Gegenzug Rückführungen in die Herkunftsländer zu erleichtern. Der Schutz der EU-Außengrenzen soll weiter vorangebracht werden. Asylverfahren sollen beschleunigt und die Digitalisierung der Ausländerbehörden vorangebracht werden. Eine angemessene Unterbringung, Betreuung und Integration der Geflüchteten soll gewährleistet werden. Die Durchsetzung der Ausreisepflicht, insbesondere von Straftätern und Gefährdern, soll konsequent umgesetzt werden. Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen finanziell zusätzlich mit einer weiteren Milliarde Euro im Jahr 2023.

Städte- und Gemeindebund

Flüchtlinge ohne Bleiberecht nicht verteilen

Der künftige Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, André Berghegger, will zur schnellen Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen den EU-Vorschlag zunächst national umsetzen und Personen ohne Bleibeperspektive nicht auf die Kommunen verteilen. Die Innenministerinnen und Innenminister der EU planen einen verbindlichen Mechanismus, der zu einer gerechteren Verteilung der Flüchtlinge führen soll, und sogenannte Grenzverfahren, die dafür sorgen sollen, dass alle Flüchtlinge registriert werden und Nicht-Schutzberechtigte aus den Grenzstaaten nicht in andere Länder weiterziehen.

Immer mehr Zielländer machen das so

Deutschland prüft Asylverfahren außerhalb der EU

Die Bundesregierung prüft, ob Asylverfahren auch in Ländern jenseits der EU durchgeführt werden können. Hierzu seien „rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Drittstaaten“ geplant. Damit ist Deutschland nicht allein: die USA wollen in Kolumbien und Guatemala Asyl-Zentren eröffnen. Großbritannien diskutiert bereits über die komplette Abschaffung des Rechts auf Asyl.

EU-Asylkompromiss

Fünf Fragen zum EU-Asylideal

Der Europäische Rat hat sich auf eine umfassende Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt: An den europäischen Außengrenzen soll künftig Asylgesuche in Schnellverfahren geprüft werden. Die geplanten Änderungen lassen allerdings viele Fragen offen. Wie viele Schutzsuchende werden in „Grenzverfahren“ landen? Was soll mit abgelehnten Asylbewerber*innen passieren? Und wie soll die Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb der Europäischen Union in der Praxis funktionieren? Mehr Informationen finden Sie in einem MEDIENDIENST-Überblick

Das Fluchtlabyrinth

Wie kommen Flüchtlinge nach Europa?

Der [Europäische Rat](#) debattiert über strengere Kontrollen und beschleunigte Asylverfahren an den Außengrenzen. Dabei wurde aber nicht die Entwicklung von Fluchtrouten berücksichtigt, sagen Experten. Eine Übersicht über aktuelle Fluchtrouten und Grenzkontrollen hat der [MEDIENDIENST](#) zusammengestellt.

Migrationsexperte Oltmer

Versäumnisse in der Flüchtlings- und Asylpolitik

Der Osnabrücker Migrationsforscher Jochen Oltmer stellt der deutschen Flüchtlingspolitik ein schlechtes Zeugnis aus. Er fordert eine Migrationsunion und eine Abkehr vom Dublin-System. Im [Interview mit dem MiGAZIN](#) erläutert er seine Position.

Migrationsexperte Schamann

Wie passen die Flüchtlinge zu den Kommunen?

Der Politikwissenschaftler Hannes Schamann forscht an der Universität Hildesheim vor allem zu Flüchtlingsarbeit von Kommunen, migrationspolitischen Debatten und dem Verteilsystem für Geflüchtete. Im [Interview mit dem NDR](#) geht er auf die unterschiedlichen Problemlagen in Deutschland und der EU ein.

Arbeit und Bildung

Handbuch für Ehrenamtliche

Wie kann ich Flüchtlinge bei der Arbeitssuche unterstützen?

Das [neue Handbuch](#) ist eine gemeinsame Veröffentlichung von DRK und NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge mit Wissen und Tipps zur Begleitung von geflüchteten Menschen bei der Integration in Arbeit. Ergänzend gibt es hier eine Checkliste zur Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine. Das Handbuch kann kostenlos heruntergeladen werden.



Fachkräfte-Studie

Wie kann die Gewinnung von Fachkräften unterstützt werden?

Nur vier Prozent der Einwanderer in Deutschland kommen außerhalb der EU. Einer Studie zufolge ist das ausbaufähig. Dazu müsse sich Deutschland als offene Gesellschaft vermarkten und eine Willkommenskultur etablieren - auch in Behörden. Deutschland müsse seine Attraktivität als Einwanderungsland verbessern, um mehr Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben. Hier liege das größte Potenzial, um die Fachkräfteengpässe der Zukunft auszugleichen, heißt es in der [Studie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften](#).

OECD-Studie zu Migration

Deutschlands Defizite bei der Zuwanderung

Eine [neue Studie](#) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefert eine der bislang ausführlichsten Datensammlungen zur Migration in sämtlichen EU- und OECD-Ländern. Die Studie betont besonders die Erfolge der Zuwanderung. Lehrreich ist die Analyse für Deutschland deshalb, da die Forscher aufzeigen, wo die Defizite in der Migrationspolitik liegen. Denn diese haben konkrete Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. So könnten in der vom Arbeitskräftemangel geplagten EU heute 2,4 Millionen Menschen mehr erwerbstätig sein, würden Zugewanderte genauso leicht Arbeit finden wie im Inland geborene Menschen.

SRV-Studie

Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor

Ob auf dem Bau, in der häuslichen Pflege oder in der Fleischindustrie: Im Niedriglohnsektor in Deutschland sind überdurchschnittlich viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. In der Studie [„Prekäre Beschäftigung – prekäre Teilhabe“](#) hat der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) diese Arbeitsverhältnisse untersucht. Studienleiter Holger Kolb kommt zum Ergebnis, dass Arbeitsrechte zum Teil systematisch unterlaufen würden, vor allem wenn die Personen bei Subunternehmen angestellt seien. Um dies zu verhindern, müssten unter anderem geltende Regeln zum Arbeitsrecht und Arbeitsschutz besser durchgesetzt und kontrolliert werden, empfiehlt die Studie.

Gesetzentwurf nachgebessert

„Meilenstein bei der Fachkräftegewinnung“

Ausländische Fachkräfte sollen einen leichten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Ein neuer [Gesetzentwurf](#) sieht ein Punktesystem für Fachkräfte aus Ländern außerhalb der Europäischen Union und eine leichtere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vor. Ausländische Fachkräfte sollen auch schneller eingebürgert werden können. Mit dem Zehn-Punkte-System soll zudem eine "Chancenkarte" vergeben werden, mit deren Hilfe ausländische Fachkräfte sich in Deutschland auf eine Stelle bewerben dürfen. Zu den Auswahlkriterien sollen Qualifikation, Deutsch- und Englischkenntnisse, Berufserfahrung und Deutschlandbezug zählen.

Bertelsmann-Studie

Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft

Eine [aktuelle Studie](#) der Bertelsmann Stiftung zeigt: Immer mehr Menschen interessieren sich für die Gleichbehandlung benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft und stehen Antidiskriminierungspolitik grundsätzlich positiv gegenüber. Zugleich steigt der Anteil von Menschen, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. So gab bei den Befragten mit Migrationshintergrund jeder Dritte an, in den vergangenen zwölf Monaten sehr oft oder manchmal Diskriminierung wegen der Herkunft oder aus rassistischen Gründen erlebt zu haben.

MEDIENDIENST-Expertise

Antislawischer und antiosteuropäischer Rassismus

„Polenwitze“, Arbeit in prekären Jobs, Angriffe auf Unterkünfte: Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus dem östlichen Europa erlebten und erleben in Deutschland vielfach Diskriminierung, Ausgrenzung und Angriffe. Die Forschungslage zum Thema ist aber dürrig, es gibt so gut wie keine Daten. Seit der Ausweitung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 erfuhr das Thema mehr Aufmerksamkeit, wurde aber auch durch russische Propaganda instrumentalisiert. Die Historiker Hans-Christian Petersen und Jannis Panagiotidis geben in einer [Expertise für den MEDIENDIENST](#) einen ersten Überblick über den Forschungsstand zum Thema.

Wie Rassismus den Alltag prägt

Kurskonzept der Volkshochschule

Wie können sich Jugendliche und junge Erwachsene mit Alltagsrassismus auseinandersetzen und wie können Handlungsoptionen erarbeitet werden? Das Kurskonzept „Wie Rassismus (unseren) Alltag prägt – Zur Umsetzung rassismuskritischer Bildungsarbeit“ schafft Impulse, Wissen, Methoden und Reflexionsangebote, um über Rassismus zu sprechen, diskutieren und nachzudenken, ohne „Rezeptwissen“ vermitteln zu wollen. Es geht darum, Rassismus besprechbar zu machen und unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen in Bezug auf Rassismus zu reflektieren. Hier finden Sie das [Kurskonzept zum Download](#).

Zahl der Flüchtlinge steigt so stark wie nie **Weltweit mehr als 108 Millionen Menschen auf der Flucht**

Die Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, hat deutlich zugenommen. Ende 2022 waren es nach Schätzungen des UNHCR rund 108,4 Millionen Personen. Der Anstieg hängt mit Kriegen und Konflikten in verschiedenen Regionen der Welt zusammen, unter anderem in Äthiopien, Burkina Faso, Myanmar, Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo, der Ukraine und Venezuela. Die meisten Personen sind innerhalb des eigenen Landes geflohen.

Atlas der Zivilgesellschaft **Bericht beklagt Behinderung der Flüchtlingshilfe in Europa**

Der auf Daten und Erfahrungen von Nichtregierungsorganisationen beruhende "Atlas der Zivilgesellschaft" beklagt die Behinderung von Flüchtlingshelfern in vielen Staaten der Welt, auch in Europa. Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, stünden "im Zentrum einer globalen politischen Auseinandersetzung um menschliche Bewegungsfreiheit, Menschenrechte und Gerechtigkeit", heißt es im "Atlas der Zivilgesellschaft", in dem auch Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen zu Wort kommen. Sie seien weltweit das Ziel politischer Angriffe und Diffamierungen, "auch deshalb, weil sie bisweilen als Sündenböcke leichter zu attackieren sind als Flüchtlinge selbst", resümiert der Bericht.

Internationale Umfrage **Europäern ist Reduzierung von Migration wichtiger als anderen**

Die Menschen in Europa messen der Verringerung der Einwanderung einer internationalen Umfrage zufolge stärkere Bedeutung bei als der Rest der Welt. Das geht aus einer Studie hervor, deren Ergebnisse die Demokratie-Organisation von Ex-Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, die Alliance of Democracies, in Kopenhagen veröffentlichte. Während nur zwölf Prozent der Befragten weltweit die Reduzierung der Migration zu den drei wichtigsten Themen zählten, auf die sich ihre Regierung stärker fokussieren sollte, waren es in Europa 19 Prozent. Die höchsten Werte aller 53 analysierten Staaten gab es demnach in Mitteleuropa mit Österreich (34 Prozent), Deutschland (31) und den Niederlanden (30).

Herkunftsland Guatemala

Wachstumshemmer Migration

Eigentlich gilt Zuwanderung als einer der Motoren für wirtschaftlichen Aufschwung – in den Aufnahmeländern. In Herkunftsländern wie [Guatemala](#) aber werden Unternehmen dagegen vor immer größere Herausforderungen gestellt. Jedes Jahr verlassen zehntausende Menschen das mittelamerikanische Land in Richtung Norden. Der überwiegende Teil flieht vor Gewalt, Kriminalität und Armut. Viele sind auf der Suche nach einer neuen Perspektive, höheren Löhnen und meist auch, weil sie sich dort mit der Familie wieder vereinen möchten.

Kultur

Schule als Thriller

Latente Diskriminierung und offener Rassismus

Ein Gymnasium am Rande von Hamburg, keine Brennpunktschule, auch wenn es einige Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Aber es gibt ein Problem: Immer wieder verschwindet Geld aus Taschen und Ranzen. Und mittendrin eine junge, engagierte Lehrerin, die alles richtigmachen will. Wie das Recht mit der Realität kollidiert, davon erzählt der Berliner Regisseur Ilker Çatak. Und davon, dass es unter Menschen eigentlich nie einfache Lösungen gibt. Den Trailer zum Kinofilm „das Klassenzimmer“ sehen Sie [hier](#).

Buch von Wolf Lotter

Wie aus Vielfalt Gerechtigkeit wird

Unterschiede stehen für Abgrenzung und Privilegien. [Wolf Lotter](#) hält dagegen: Unterschiede bedeuten auch Diversität, Vielfalt, Divergenz, Multi-kulturalität, Auswahl, Alternative, Handlungsoption und vieles mehr. Unterschiede sind, so Lotters These, die entscheidende Kraft, die Kulturen entstehen lässt. Unterschiede prägen die wirtschaftliche Dynamik und die soziale Struktur. Vielfalt existiert überhaupt nur durch die Möglichkeit, Unterschiede zu erkennen. Wolf Lotter entwirft das Bild einer neuen Gesellschaft, in der wir Unterschiede anerkennen und Gleichwertigkeit sichern – damit wir alle menschengerechter leben können.

Todesursache Flucht

Neuaufgabe zum Weltflüchtlingstag

In den vergangenen 30 Jahren sind mehr als 51.300 Menschen auf der Flucht nach und in Europa ums Leben gekommen. Die meisten sind ohne Namen verzeichnet. Damit diese Menschen nicht vergessen werden, erscheint zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2023 das Buch [„Todesursache: Flucht. Eine unvollständige Liste“](#) in einer aktualisierten Neuaufgabe. Es versammelt die Namen und Todesursachen unzähliger Opfer. Die Daten stammen von dem paneuropäischen Netzwerk [United for Intercultural Action](#) in Amsterdam.

14



Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

wir@lahn-dill-kreis.de, Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Fotos: LDK, privat, [Pixabay](#) und [Pexels](#)

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364